

# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal  
Freitags.  
Anzeigen, die viergespaltene  
Beitragte 20 Pf.  
Abonnement nach Uebereinkunft.  
Schluß der Redaktion  
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich  
1 Mark bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Postzeitungspreisliste Nr. 2186.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin O.,  
Münchenerstr. 15.

## des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dumcker).

Nr. 7.

Berlin, den 15. Februar 1901.

XII. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Wählke, Berlin O., Münchener-Strasse 15,  
Geldsendungen an G. Sagner, Berlin O., Münchener-Strasse 15, zu adressieren.

### Gleiches Recht!

Daß in einem geordneten Staatswesen, in einem Rechtsstaate, gleiches Recht für Alle gelten muß, ist eigentlich ganz selbstverständlich. Auch in unserem lieben Vaterlande steht man auf diesem Standpunkte; wenigstens theoretisch, denn praktisch sieht die Sache doch anders aus. Nach der Verfassung sind alle Staatsbürger gleichberechtigt, oder sollen es sein; im Volke selbst aber ist ganz allgemein die Anschauung verbreitet, daß trotz gleicher Pflichten es mit der Gleichberechtigung ganz gewaltig hapere. Ja noch mehr! Nicht nur im Volke scheinen derartige Ansichten zu herrschen, selbst hinauf bis zum Throne scheinen sie sich Geltung verschafft zu haben. Denn auch der Kaiser hat im Jahre 1889 in einer Audienz dem damaligen Vorsitzenden des Reichsversicherungsamtes Dr. Boediker und dem liberalen Abgeordneten Dr. Köstke gegenüber betont, man müsse den Arbeitern die Ueberzeugung beibringen, „daß sie ein gleichberechtigter Stand sind und als solcher anerkannt würden.“ Diese Aeußerung beweist, daß vor 12 Jahren die Arbeiter noch nicht das Gefühl der Gleichberechtigung besaßen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die im Jahre 1890 folgenden kaiserlichen Erlasse, die ein beschleunigteres sozialpolitisches Tempo in Aussicht stellten, in einem gewissen Zusammenhang mit jenem Ausspruch des Kaisers gestanden haben.

Mehr als ein Jahrzehnt ist seitdem verflossen; die kaiserlichen Erlasse harren noch heute der Erfüllung, und das Gefühl der Gleichberechtigung ist unter den Arbeitern immer mehr entchwunden, soweit davon überhaupt je gesprochen werden konnte. Trotz mancher Verbesserungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, die wir gern anerkennen wollen, hat sich sonst auf allen Gebieten der Arbeiterfürsorge ein scharfmacherischer Geist bemerkbar gemacht, dessen Ursprung zufällig durch die Veröffentlichung der beiden Bued-Briefe festgestellt worden ist. Der erste betraf den Grafen v. Posadowsky, dem Staatssekretär des Deutschen Reichsamts des Innern, in dem alle die Arbeiterschaft berührenden Fragen ihre Erledigung finden, der zweite den preussischen Minister für Handel und Gewerbe, Herrn Bresfeld, der auf die Regelung von Arbeiterangelegenheiten also ebenfalls den weitgehendsten Einfluß besitzt. Es ist nun nicht unsere Absicht, näher den Inhalt dieser beiden Schreiben zu erörtern. Die 12 000 Mark-Affäre des Grafen v. Posadowsky ist oft genug erwähnt worden, und aus dem reichen Inhalte des Briefes über Herrn Bresfeld ist für uns das Interessanteste der Bassus, daß es dem Centralverband deutscher Industrieller, resp. dessen Sekretär, Herrn Bued, geglückt sei, Herrn v. Berlepsch, dem Amtsvorgänger des Ministers Bresfeld, „klein zu bekommen.“ Durch diesen Herzenserguß wird für uns das Dunkel wenigstens etwas gelüftet. Herr v. Berlepsch war ein Mann, dem man auch als Minister sozialpolitisches Verständnis nicht absprechen konnte, wenn er auch weit entfernt war von dem Ideal, wie es uns vorschwebt. Er hat mancherlei Reformen eingeführt und wäre wohl der geeignetste Mann gewesen, die in den

kaiserlichen Erlassen aufgestellten Grundsätze zur Durchführung zu bringen. Das aber mußte unter allen Umständen vermieden werden. Herr Bued setzte die Hebel an, und bald war der Freiherr v. Berlepsch aus seinem Amte verdrängt. Sein Nachfolger, Herr Bresfeld, ist ein Mann ganz nach dem Herzen des Centralverbandes. Er ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Klagen über die traurige Lage der Arbeiter ein Unfug sei; „er sei dafür, jetzt in dem Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Ruhe eintreten zu lassen“ u. dergl. m. Daß somit Herr Bued durch den Wechsel im preussischen Handelsministerium „mit Befriedigung erfüllt“ wurde, ist umso mehr verständlich, als der neue Mann erklärte, soweit seine Person dazu beizutragen in der Lage sei, „daß das Handelsministerium mit dem Centralverband freundliche Beziehungen unterhalten“ werde.

Nun, das gewisse Kreise und Organisationen unserer Großindustriellen mit der Regierung und deren maßgebenden Behörden in enger Fühlung standen und auch noch stehen, ist kein Geheimniß. Insofern also hat der zweite Bued-Brief nichts Neues geboten. Das würde an und für sich auch nichts schaden, solange diese „Fühlung“ sich in gewissen Grenzen hält. Im Gegentheil! Wir können es nur mit Freuden begrüßen, wenn die Herren am grünen Tische bei jedem Gesetzesvorschlag erst sich mit Männern des praktischen Lebens in Verbindung setzen. Manche verkehrte Maßregel könnte dadurch vermieden, manches gute Gesetz geschaffen werden. Aber ein solcher Verkehr zwischen Regierung und Interessentkreisen darf nicht so einseitig werden, wie es aus diesem Briefe hervorgeht; die Regierung darf sich nicht zur Handlangerin, oder gar zur Schleppenträgerin der Großindustrie herabwürdigen lassen. Daß dies aber geschehen ist, dafür sind beide Bued-Briefe unumstößliche Beweise. Wenn selbst ein Mann wie der Reichstagsabgeordnete Seyl zu Herrnsheim den Centralverband als „eine Art Nebenregierung“ bezeichnet, dann muß es wirklich schon herrlich weit gekommen sein. Und noch eins! Man kann es verstehen und billigen, wenn Regierung und Industriellenverbände in Verkehr treten, wenn es sich um Dinge wie die Handelsverträge oder Ähnliches handelt. Wenn erstere aber sich so weit vergibt, daß sie zu allen möglichen scharfmacherischen Maßregeln, die ihr vorgeschlagen werden, die Hand bietet, wenn sie sich einfach auf die Seite der mächtigen Unternehmerverbände stellt, um jeden sozialen Fortschritt zu hindern, und den Arbeiterorganisationen alle nur denkbaren Schwierigkeiten in den Weg zu legen, so muß eine solche Handlungsweise bei letzteren die größte Erbitterung hervorrufen und das Gefühl, daß von einer Gleichberechtigung bei uns überhaupt nicht die Rede sein kann.

Wie ganz verschieden hiervon ist doch auf der anderen Seite die Stellung der Regierung zu den Berufsvereinen. Wir sehen hier ganz ab von der Umsturz- oder Zuchthausvorlage, vermittelst deren man diesen Institutionen das Lebenslicht auszublenden versucht hat. In dessen, wie wir es oben für durchaus angängig erklärten, daß die Regierung bei wichtigen Gesetzesvorschlägen sich mit Leuten des

praktischen Lebens in Verbindung setzt, so müssen wir auch verlangen, daß in Fragen, die lediglich die Arbeiterschaft angehen, die Vertreter derselben angehört werden. In dieser Hinsicht aber schlägt die Regierung ganz andere Saiten an. Während zu den Generalversammlungen der Unternehmerverbände fast regelmäßig ein oder mehrere Regierungsvertreter entsandt werden, die sich dann häufig genug noch die größten Grobheiten sagen lassen müssen, ist es wohl noch nie dagewesen, daß solchen Veranstaltungen der Arbeiter ein Beamter der Regierung beigewohnt hat. In diesem Falle ist dann stets das Reichsamt des Innern derartig mit Arbeiten belastet, daß Niemand abkommen kann. Und doch wäre es recht wünschenswerth, wenn die Bureaukratie die Arbeiterschaft einmal bei der Besprechung und Regelung ihrer Angelegenheiten kennen zu lernen sich bemühte. Die Herren würden staunen über die Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der dort gearbeitet wird und die manchem Beamten zur Nachahmung empfohlen werden könnte. Sie würden sicherlich einen solchen Grad von Begeisterung nicht erwartet haben und vielleicht mit höher Achtung für die Arbeiterorganisationen erfüllt werden. Indessen dafür ist die Regierung, wie gesagt, nicht zu haben. Zwingen kann man sie dazu auch nicht, wenn auch die moralische Verpflichtung eigentlich einen Zwang überflüssig machte. Man sucht die Vertretung der Arbeiter zu meiden, während man keine Gelegenheit verläßt, mit den Unternehmern in Verbindung zu treten.

Nicht einmal die Gewerbeaufsichtsbeamten sind alle sozialpolitisch soweit vorgeschritten, daß, bevor sie ihre Berichte abfassen, sie sich mit den in ihrem Bezirke vorhandenen Organisationen über die Arbeitsverhältnisse besprechen. Was ihnen bei ihren leider nur allzu seltenen Besuchen in den Fabrikbetrieben gerade ins Auge fällt, was ihnen von den Betriebsleitern angegeben wird, das genügt den Beamten häufig schon vollständig für ihren Bericht. Bisweilen werden noch die Behörden, Polizeiamter usw. um ihre Meinung befragt, namentlich wenn es sich um Streiks handelt, und damit ist die Sache erledigt. Daß die Beamten, was doch eigentlich das Nächstliegende wäre, sich an die Arbeiterorganisationen um Auskunft wenden, kommt nur selten vor. Der Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern läßt in sehr vielen Fällen Alles zu wünschen übrig. Wenn auch in Süddeutschland und — man höre und staune — in Mecklenburg davon eine rühmliche Ausnahme gemacht wird, so müssen in den beiden größten Industrieländern des deutschen Reiches, in Preußen und Sachsen, diejenigen Beamten, die ihre Aufgabe ernster nehmen, zu den größten Seltenheiten gezählt werden. Wir konstatiren daher mit Freude und Genugthuung, daß der Kottbuser Gewerbeinspektor als Lehrer der gewerblichen Gesetzkunde an der dortigen Webeschule thätig war und sich solchen Vertrauens erfreute, daß er bei einem Streit von den Arbeitern selbst zum Schiedsrichter erwählt wurde. Auch die Beamten von Breslau, Osnabrück und Aachen haben es verstanden, sich eine ähnliche Stellung zu erringen. Der W.-Gladbacher Inspektor hielt eine Reihe von Vorträgen über die Entwicklung, Organisation und Erfolge der Gewerbeaufsicht in zahlreichen Vereinen und der Solinger Beamte fungirt als Vorsteher einer zu Gunsten der Arbeiter gestifteten Bibliothek. Diese Beispiele, die leider nur allzu selten sind, lehren, wie segensreich die Institution der Gewerbeaufsicht wirken kann, wenn sie ihre Aufgabe richtig auffaßt. So wird in den Berichten der heftigen Beamten ausdrücklich hervorgehoben, daß durch den Verkehr mit den Arbeiterorganisationen die Inspektion an Ansehen und Vertrauen gewonnen hat. Auch wird mehrfach konstatiert, daß die sozialdemokratische Presse die Inspektion nicht mehr wie früher bekämpfe, sondern die Arbeiter zu deren Benutzung auffordere.

Zeigen diese Thatsachen nicht aufs Deutlichste, wie verkehrt es ist, wenn man sich geflissentlich von jeder Berührung mit den Arbeitern fernhält? Würde es nicht viel mehr den sozialen Frieden fördern, wenn die Regierung auch den Arbeitern dasselbe Recht wie andere Bevölkerungsklassen gewähre und in Arbeiterfragen sich an deren berufene Vertreter, die Organisationen, wendete? Das erheischt auch schon die Gerechtigkeit. In Arbeiterkreisen herrscht vielfach die Anschauung, daß für sie eine Gleichberechtigung nicht existire, und die wirtschaftlichen Zustände, die Haltung der Regierung besätigen auch leider diese Auffassung. Was den Unternehmern recht ist, das ist den Arbeitern billig! Möge man diesen durch Thaten zeigen, daß sie in Wirklichkeit gleichberechtigt sind, und alle Maßnahmen, wie Umsturz- und Zuchthausvorlagen, werden sich als überflüssig erweisen.

## Das Handwerk und die Berufswahl.

(Nachdruck verboten.)

Dem Handwerk immer tüchtigere Kräfte zuzuführen, muß, soll es wirklich gehoben werden, die vornehmste Aufgabe nicht allein der Eltern, sondern auch der Handwerker sein. Um die Aufgabe zu lösen, wird es vor allem nothwendig sein, Sorge dafür zu tragen, daß bei der Berufswahl das Handwerk in richtiger Beleuchtung erscheint. Zu diesem Zwecke dürfte es zunächst angezeigt erscheinen, sich die Frage der Berufswahl einmal von ihrer wirtschaftlichen Seite im Allgemeinen zu betrachten. In dem Werk „Das wirtschaftliche Leben“ von G. d. Moormeister (Freiburg 1891) wird diese Frage in einem Aufsatz behandelt, der, wenn auch der darin enthaltene Hinweis auf die Ueberfüllung der gelehrten Berufe bei manchem dieser nicht mehr Zutritt, so doch in allem Uebrigen noch zeitgemäß ist, daß wir glauben, ihn Angesichts der jetzt wieder bevorstehenden Zeit zur Berufswahl

veröffentlichen und namentlich Eltern, Vormündern und Handwerkern empfehlen zu sollen.

In dem Aufsatz heißt es nun, daß von all' den Fragen, die uns herantreten, wohl keine wichtiger und für das Leben entscheidender ist, als die: „Was soll ich werden?“ Um so schwieriger ist die Antwortung dieser Frage, da sie zu einer Zeit gestellt wird, wo der junge Mann, noch jeder Erfahrung bar, meist von den in engem Wahl gestellten Berufen eine unvollständige und durchweg nur äußerlichkeiten sich gründende Vorstellung hat. Wie nun die Eltern da, wo unsere eigene Körperkraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts nicht ausreicht, für uns eintreten und uns in liebevoller Fürsorge die Erforderliche mittheilen, so sind sie auch in diesem Falle, wo uns die Kraft und Erfahrung mangeln, unsere besten Helfer und Leiter. Scherzhaft der kindliche Gehorsam verlangt, daß ihr Urtheil für uns maßgebend sei.

Jeder Beruf erfordert Fertigkeiten, Kenntnisse, kurz eine Vorbildung, die bald kürzere, bald längere Zeit, bald größere, bald geringere Anwendung wirtschaftlicher Güter erheischt. Die Frage nach dem Beruf wird daher in erster Linie von der Menge der zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Güter, von dem Vermögen abhängig sein. So wird es einem Manne, der mit seiner Hände Arbeit den Unterhalt für seine Familie mühsam aufbringt, nicht einfallen, seinen Sohn zu einem Berufe zu bestimmen, zu dessen Vorbildung eine Summe erforderlich ist, die seinen eigenen Jahresverdienst um vielfaches übersteigt. Es liegt hier offenbar eine wirtschaftliche Berechnung vor. Zugleich leuchtet es aber auch ein, wie ungeheuer wichtig eine sorgfältige und auf zuverlässige Erhebungen gestützte Berechnung der zur Vorbildung zu dem betreffenden Berufe erforderlichen Ausgaben ist. Wenn nun in der Kostenaufstellung oder, was noch schlimmer ist, in der Berechnung der eigenen verfügbaren Mittel Irrthümer eingeschlichen haben, so kann dies nicht nur für den jungen Mann, sondern auch für die in Selbsttäuschung befangenen gewesenen Eltern oft bedenkliche Folgen haben. Leider zeigt uns die Erfahrung nur allzu häufig derartige Fälle, namentlich solche, wo kurzschichtiges Eltern ihre Söhne einen sogenannten studirten Lebensberuf ergreifen ließen, zu dessen Vorbildung Mittel gehörten, welche die Eltern am Ende trotz aller Opfer, trotz aller Einschränkung der eigenen Bedürfnisse nicht aufbringen konnten. Ein verfehlter Beruf ist ein Fluch, der dem Menschen bis an sein Ende nachgeht, der die Arbeit, die kostliche Labial des Menschengeschlechts, in Bitterkeit verwandelt.

Wie des Menschen Streben immer auf Höheres gerichtet ist, geht auch das Trachten der Eltern immer dahin, ihren Kindern eine möglichst gute, vielleicht eine bessere Stellung in der menschlichen Gesellschaft zu verschaffen, als sie selbst erreicht haben. Aus diesen Grunde werden von den Eltern namentlich die gelehrten Berufsarten der Stand der Beamten, überhaupt derjenigen, welche durch ihre Arbeit ihren Unterhalt gewinnen, bevorzugt. Zumeist wirkt hier auch noch die irrige Anschauung mit, daß diese Stände bei mäßiger Anstrengung ihrer Kräfte eine unverhältnißmäßig reiche Entlohnung erhielten. In vielen Fällen glauben auch die Eltern es ihrem eigenen Stande schuldig zu sein, den Sohn nicht irgend ein Handwerk erlernen zu lassen. Namentlich findet man in Beamtenkreisen diese Ansicht vertreten. Wenn nun aber zum Studiren die wirtschaftlichen Mittel oder, was sehr oft vorkommt, die Begabung des jungen Menschen nicht ausreicht, so endet die mit großen Hoffnungen begonnene Laufbahn meist in einer untergeordneten Stellung auf irgend einer Schreibstube oder hinter dem Ladentisch.

Es liegt diesem unverdunstigen Hindrängen zu den gelehrten Berufsarten, welches in unserer Zeit geradezu zu einer gesellschaftlichen Kalamität herangewachsen ist, eine Abneigung gegen jede körperkraft verbundene Arbeit zu Grunde. — Arbeit ist schön und nicht! Wer die Bedeutung auch des geringsten Arbeiters in den wirtschaftlichen Betrieben erkannt hat, wer klar einseht, wie zum Besten des Ganzen die Thätigkeiten aller, wie die Räder einer Maschine ineinander greifen müssen, der wird nicht mit vornehmthuender Gleichgültigkeit an dem Arbeiter vorübergehen, der z. B. durch Steinlopfen sein Brod sauer verdienen muß, noch seinen Mitschüler darum gering schätzen, weil er der Sohn eines armen Schneiders ist. Gerade verwerflich und empörend ist die Unsitte mancher Eltern, ihren Söhnen wenn es mit dem Studium nicht recht gehen will, zu drohen, müßten Schuster oder Schneider werden. Als wenn der ehrliche Handwerker es nicht durch Fleiß und Geschicklichkeit zu etwas bringen könnte! Wie viele Handwerker, die Tüchtiges leisten und in der Wirtschaft die Augen offen halten, sind nicht zu Wohlstand und einer geachteten Stellung in der Gemeinde und in der Gesellschaft gelangt!

Uebrigens liegen die Nachteile, welche der ungeheure Andrang zu den gelehrten Berufsarten mit sich bringt, auch in wirtschaftlicher Hinsicht klar zu Tage. Durch den vermehrten Zuwachs an Angehörigen muß nach dem Gesetze des Marktes bei unveränderter Nachfrage der Preis fallen, d. h. die Gehälter werden bei dem Ueberfluß solcher, sich zu den Stellen drängen, nicht den Bedürfnissen der Zeit und den allgemeinen Lebensverhältnissen entsprechend erhöht, die Menge derjenigen, welche das Ziel nicht erreichen, in der Regel die wirtschaftlich Schwächeren oder die mittelmäßig Veranlagten, müssen in unangeordneten Stellungen ein nothdürftiges Unterkommen suchen, sie bilden ein gelehrtes Proletariat, d. h. Leute, deren Bildung mit ihrem Stande in schreiendem Widerstreit ist, und welche die eigene Unzufriedenheit in alle Kreise übertragen, mit denen sie in Berührung kommen.

verderblich solche Elemente der Gesellschaft werden können, an deren rechtllichem Bestand zu zweifeln sie allen Grund zu haben glauben, das hat die Geschichte der letzten Jahrzehnte nur allzu deutlich gezeigt.

Ein weiterer Uebelstand, den die unverhältnismäßige Bevorzugung der gelehrten Studien zur Folge hat, liegt in dem Umstande, daß hierdurch dem Stande der Handwerker und Gewerbetreibenden viele brauchbare und tüchtige Kräfte entzogen werden, die vielleicht eine Stütze ihres Standes geworden wären. Gewiß ist hier auch einer der Gründe zu suchen, daß man heutigen Tages so oft Klagen über kümmerliche Leistungen mancher Handwerker vernimmt.

Sind nun bei der Frage der Berufswahl in erster Linie die wirtschaftlichen Mittel der Eltern in Betracht zu ziehen, so bedürfen die persönlichen Güter des jungen Mannes, der sich für einen Beruf entscheiden soll, eine nicht weniger eingehende Berücksichtigung. Die persönlichen Güter bestehen aber in den körperlichen und geistigen Anlagen. Es ist daher die Pflicht der Eltern, für eine rechtzeitige Entwicklung beider Arten von Anlagen Sorgen zu tragen. Wie die geistigen Anlagen beschaffen sind, wird sich in der Regel beim Besuch der Schule herausstellen, obgleich auch hier ein glattes Fortkommen in den unteren Klassen keineswegs ein sicherer Beweis für die Begabung des Schülers ist. Der erfahrene und gewissenhafte Lehrer wird in diesem Punkte der beste Beirath der Eltern sein. Die körperlichen Anlagen werden in den wenigsten Fällen einer genauen Prüfung unterzogen und doch könnten sie sehr häufig die nützlichsten Fingerzeige hinsichtlich der Berufswahl geben. Schon von diesem Gesichtspunkte aus verdienen die Bestrebungen, in allen Schulen die Jünglinge mit den ersten Begriffen und Übungen in den Arbeiten einiger wichtiger Handwerker, wie des Tischlers, Schlossers, Buchbinders u. s. w. bekannt zu machen, alle Unterstützung.

Was nun nach sorgfältiger Prüfung der körperlichen und geistigen Anlagen bei der Berufswahl stets von großer Bedeutung sein wird, ist der eigene Beruf des Vaters. Es ist ganz natürlich, daß da, wo in einer Familie ein Beruf schon seit Geschlechtern überliefert ist, der Wählende die durch diesen Umstand in sittlicher und technischer Beziehung gebotenen Vorzüge nicht unberücksichtigt lassen darf. Wo es aber aus irgend einem Grunde nicht angängig ist, daß der Sohn den Beruf des Vaters ergreift, da sollte bei den Berufsarten, die zur Wahl gestellt sind, auch ihre wirtschaftliche Lage, welche keineswegs zu allen Zeiten die nämliche ist, reiflich erwogen werden. Ernstliche Hinweisungen von berufener Seite, daß diese oder jene Laufbahn zur Zeit überfüllt ist, sollten nicht unbeachtet bleiben; ich sage ausdrücklich „von berufener Seite“. Wie oft werden gerade bei der Berufswahl Leute zu Rathe gezogen, die ein maßgebendes Urtheil in der Sache nicht haben können, von denen der Fragende selbst weiß, daß ihnen das Interesse für die Angelegenheiten des Fragestellers mangelt! Und doch ist es heute bei den so ungemein bequemen Einrichtungen des persönlichen und schriftlichen Verkehrs gewiß nicht schwer, sich an die richtige Quelle und zwar unmittelbar zu wenden. Vor allem aber soll bei der Berufswahl nicht darauf gesehen werden, daß der junge Mann in irgend einem Beruf ein möglichst bequemes Unterkommen findet, sondern daß er einen seinen Befähigungen entsprechenden Beruf ergreift und in demselben Tüchtiges leistet zu seinem eigenen Wohle und zum Besten seiner Mitmenschen. Nicht, was wir sind ist die Hauptsache, sondern wie wir es sind.

## Rundschau.

**Ueber den Ausstand in Betschau** sollten am 6. Februar erneute Verhandlungen im Beisein des Landraths wie des Bürgermeisters stattfinden, zu welchem Zwecke noch die Neuwahl der Streikkommission statthatte. Trotz alledem weigerte sich der Direktor der Aktiengesellschaft vorm. A. Lehniß sowohl mit der alten wie neuen Kommission zu verhandeln, so daß nur eine Unterredung zwischen dem Direktor mit dem Landrath in Gegenwart des Bürgermeisters stattfand, von welcher, wie erklärlich, den draußen Stehenden keine Kenntniß wurde. Nach Lage der Sache, indem sich sogar viele Abwärtige schon gefunden hatten, schien sich nunmehr der Ausstand nicht zu Gunsten der Arbeiter zu wenden, so daß die Vertreter der beteiligten Organisationen in einer einberufenen Versammlung sich gezwungen sahen, den Theilnehmern zu eröffnen, daß den Ausstand zu gewinnen, wenig Aussicht sei. Nach kurzer Debatte beschloß denn auch die Versammlung, den Streik für beendet zu erklären. — Unseren Mitgliedern gereiche aber zur Kenntniß und ernststen Nachsicht, daß ihnen Reise- und Uebersiedelungshilfe nach Betschau unter keinen Umständen gewährt wird.

**Die Lübecker Streikverordnung ist ungültig!** Das Reichsgericht hat vergangene Woche ein Urtheil gefällt, das von der gesamten deutschen Arbeiterschaft mit Freuden begrüßt worden ist: Die in Lübeck erlassene Verordnung gegen das Streikpostenstehen ist für ungültig erklärt worden. Das Landgericht Hannover hatte am 19. Oktober 1900 dem Redakteur Reichstagsabg. Wolkenbuhr wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Lübecker Verordnung gegen das Streikpostenstehen zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der Verurtheilte legte Revision ein und das Reichsgericht erkannte auf

Freisprechung. Es erkannte, daß die erwähnte Verordnung als ungültig anzusehen sei, da sie im Widerspruch mit der Gewerbeordnung und dem Strafgesetzbuch erlassen worden sei.

Bei der Verordnung handelte es sich bekanntlich um den Versuch, auf dem Wege der Gesetzgebung der Einzelstaaten wenigstens einiger jener Bestimmungen einzuführen, die in der sogenannten „Zuchthausvorlage“ enthalten waren und die der Reichstag sammt der ganzen Vorlage hat unter den Tisch fallen lassen. Es ist sehr erfreulich, daß der oberste Gerichtshof des Reiches Front gemacht hat gegen diese Art Gesetzesfabrikation durch die Einzelstaaten. Das fehlte gerade noch, daß die Einzelregierungen und Einzellandtage sich an die Stelle der Reichsregierung und des Reichstages setzten, wenn der Reichstag in einer Angelegenheit, die der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist, sich vor den verbündeten Regierungen nicht beugt. Daß in Zukunft die Einzelstaaten sich in den Rahmen ihrer Kompetenzen halten ist eine Vorbedingung für das gedeihliche Nebeneinander-Arbeiten der Gesetzgebungs-Maschinen und daß das Reichsgericht ein Machtwort gesprochen hat, sobald von einer Seite die Kompetenz überschritten worden war, ist hoch erfreulich.

**Vom Arbeitsmarkt.** Die Zahl der Streiks hat im Dezember 1900 stark abgenommen. Nach der Zusammenstellung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ haben in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und England zusammen 44 Ausstände begonnen gegen 86 im November. Noch immer setzt sich die Streikbewegung der Hafenarbeiter in den Seestädten fort. Am 17. Dezember traten in Antwerpen über 20 000 Hafenarbeiter wegen einer 5prozentigen Lohnkürzung für Nacht- und Sonntagsarbeit und wegen Verlängerung der täglichen Arbeitszeit in den Ausstand. Seit dem 20. Dezember streiken in Genua über 10 000 Hafenarbeiter, denen weitere 10 000 Werft-, Metall- und Kohlenarbeiter sich angeschlossen haben. Der Ausstand ist in Folge der plötzlichen Auflösung der Arbeiterkammern durch den Präfekten, ausgebrochen.

**In dem Ministerial-Erlaß vom 6. August 1900 über die Verleihung des Gesellenprüfungsrechts an freie Innungen**, war insofern eine Härte enthalten, als grundsätzlich nur solchen freien Innungen das Gesellenprüfungsrecht verliehen werden sollte, welche sich eines Gesellenausschusses erfreuten, und zwar, deshalb, weil es wegen Mangel an Gesellen an vielen Orten selbst tüchtigen und gut geleiteten Innungen völlig unmöglich ist, einen Gesellenausschuß zu Stande zu bringen. Wir sind in der Lage, einen neuen Erlaß des preussischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 2. Januar 1901 bekannt geben zu können, durch welchen die angeführte Härte des Erlasses vom 6. August 1900 beseitigt wird, indem in solchen Fällen die Mitglieder des Prüfungsausschusses aus dem Stande der Gesellen von der Handwerkskammer zu ernennen sind. Sit dem neuen an alle Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß heißt es nun:

„Der Minister  
für Handel und Gewerbe.  
S. Nr. IIIa. 8595.“

Berlin, den 2. Januar 1901.

Nach Vorschrift des Erlasses vom 6. August v. J. (B. 4819) soll grundsätzlich freien Innungen, bei denen ein Gesellenausschuß nicht gebildet ist, die Ermächtigung zur Abnahme von Prüfungen nicht ertheilt werden. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß in einzelnen Bezirken die Bildung eines Gesellenausschusses bei freien Innungen nicht möglich gewesen ist, weil entweder eine für die Bildung des Gesellenausschusses ausreichende Zahl von Gesellen von Innungsmitgliedern nicht beschäftigt wird, oder die vorhandenen Gesellen den gesetzlichen Voraussetzungen für die Wählbarkeit nicht entsprechen, oder infolge stetigen Ab- und Zuwanderens ein dauernder Stamm von Gesellen nicht vorhanden ist. Da hiernach zu erwarten ist, daß einerseits eine Reihe an sich leistungsfähiger und angelehener Innungen des für sie besonders werthvollen Rechts zur Abhaltung von Gesellenprüfungen verlustig geht, andererseits die Errichtung der Prüfungsausschüsse den Handwerkskammern erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird, so will ich in Abänderung des Erlasses vom 6. August v. J. auf Grund des § 132a der Gewerbe-Ordnung hiermit genehmigen, daß denjenigen freien Innungen bei denen die Bildung eines Gesellenausschusses thatsächlich nicht möglich gewesen ist, die Ermächtigung zur Abnahme von Prüfungen ertheilt wird, sofern zwei Drittel der Handwerker im Bezirk der Innung Mitglieder der Innung sind. Die Ertheilung der Ermächtigung bedarf in jedem Falle der Zustimmung der Aufsichtsbehörde der Handwerkskammer. Zugleich bestimme ich, daß bei solchen Innungen die Mitglieder des Prüfungsausschusses aus dem Stande der Gesellen von der Handwerkskammer ernannt werden. Die zu Ernennenden müssen thunlichst den Anforderungen der §§ 95 bis 96c der Gewerbe-Ordnung entsprechen. Die Ermächtigung ist nur auf Widerruf zu ertheilen. Innungen, deren Mitglieder nicht mindestens vier Gesellen beschäftigen, ist die Ermächtigung nicht zu ertheilen.

Weiter hat sich ergeben, daß auch bei einzelnen Zwangsinnungen aus den angeführten Gründen die Errichtung des Gesellenausschusses nicht möglich gewesen ist. Auf Grund des § 132a der Gewerbe-Ordnung bestimme ich, daß bei solche Zwangsinnungen die Mitglieder der Prüfungsausschüsse aus dem Gesellenstande von der Handwerkskammer zu ernennen sind. Die zu Ernennenden sind in erster Linie aus den Gesellen zu entnehmen, welche den Anforderungen der §§ 95 bis 96c und 100r der Gewerbe-Ordnung genügen. Ueber die gefällte Regelung des Prüfungswezens sehe ich Ihrem Bericht bis zum 1. April d. J. entgegen. Von dem durch den Erlaß vom 6. August v. J. vorgeschriebenen Berichte kann abgesehen werden. Ebenso hat die durch den Erlaß vom 17. November v. J. (IIIa 8471) angeordnete Einreichung der Prüfungsordnungen zu unterbleiben.“

Nach alledem läßt gegenwärtig der Vorstand der Handwerkskammer in Berlin an die sämtlichen freien Innungen in der Provinz die dringende Aufforderung ergehen, schleunigst Gesellenauschüsse zu bilden, sowie auch den gesetzlichen Anordnungen unverzüglich nachzukommen. Die Mahnung schließt mit den Worten: Die Innungen haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihnen infolge Nichterfüllung der gültigen Vorschriften und Nichtbeachtung der von der Handwerkskammer an sie gerichteten besonderen Aufforderungen das Prüfungsrecht über die Lehrlinge ihrer Mitglieder nicht erteilt wird.

**Die gesammten organisierten Arbeiter Mannheims** — Hirsch-Dunker'sche Gewerksvereine, Sozial. sowie christliche Gewerkschaften — hatten am 5. Februar in der „Zentralhalle“ eine gemeinsame Besprechung, der auch der Großf. Fabrikinspektor, Herr Fröhlich (Karlsruhe), anwohnte. Gewerksvereinsmitglied Gleichauf, der die Versammlung gegen 9 Uhr Abds. eröffnete, weist einleitend darauf hin, daß gelegentlich der Vorgänge in der hiesigen Benz'schen Fabrik beschlossen wurde, daß in Zukunft in allen derartigen Fällen die hiesigen Arbeitervereinigungen vereint vorgehen. Ein solcher Fall läge heute vor. Es handele sich um die Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welcher lautet:

Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt

den die Arbeitgeber dadurch hinfällig zu machen suchen, als in den Arbeitsordnungen aufhebende Bestimmungen hierfür eingeschoben würden. Der Fabrikinspektor Herr Fröhlich, führte hierzu aus, daß vom rechtlichen Standpunkte aus eine Umgehung des betreffenden Paragraphen leider nicht anzufechten sei und alle seitens der Fabrikinspektion in dieser Richtung bei der Staatsbehörde unternommenen Schritte erfolglos waren. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 5. Februar 1901 in der Zentralhalle tagende Versammlung von Vertretern der gesammten Arbeiterschaft Mannheims nimmt mit Entzürkung Kenntnis von den planmäßig betriebenen Bestrebungen des Unternehmertums, die dem Arbeiter durch die gegenwärtige Gesetzgebung gewährten spärlichen Rechte, speziell den § 616 B. G. B., zu beseitigen. Sie betont entschieden die rechtliche Unzulässigkeit des Versuchs, durch die Arbeitsordnungen den § 616 aus der Welt zu schaffen, und erwartet von der Staatsbehörde eine entschiedene Ablehnung derartiger Versuche. Sie fordert die Arbeiterschaft ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Stellung auf, durch Stärkung der Organisation und energische Wahrung ihrer Rechte sich in den Stand zu setzen, derartigen Rechtsbeugungen und Vergewaltigungen künftig mit Erfolg entgegenzutreten.

Im Anschluß an die Resolution wurden von mehreren Seiten dem Herrn Fabrikinspektor Beschwerden und Wünsche vorgetragen bezüglich verschiedener Mißstände in hiesigen Fabriken und Arbeitsstätten. Mit Worten des Dankes für den zahlreichen Besuch und für das freundliche Entgegenkommen seitens der Großf. Fabrikinspektion schloß der Vorsitzende Gleichauf nach 11 Uhr die gut besuchte Versammlung.

**Ueber den Kinderschutz in der Hausindustrie** bereitet die Regierung bekanntlich einen Gesetzentwurf vor. Ueber den Inhalt desselben verlautet, daß die Grenze, von der ab die Eltern die eigenen Kinder beschäftigen dürfen, auf das 10. Lebensjahr festgesetzt und die Grenze für andere Kinder um ein paar Jahre höher normiert werden soll. Bisher war in den Bestimmungen über den Kinderschutz stets die Beschäftigung der Kinder durch die Eltern selbst unberührt gelassen. Auch in der Gewerbeordnungs-Novelle von 1891, in welcher eine weite Ausdehnung des Kinderschutzes vorgenommen und in der u. A. dem Kaiser das Recht der ganzen oder theilweisen Ausdehnung der Kinderschutzbestimmungen auf Werkstätten übertragen wurde, ist ausdrücklich bemerkt, daß Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, davon ausgenommen werden. Diese Bestimmung soll durch das neue Gesetz beseitigt werden, nachdem die Untersuchungen über die Kinderarbeit die Ausdehnung des Kinderschutzes auch auf den gewerblichen Betrieb innerhalb der Familie als notwendig erwiesen haben.

**Der sozialdemokratische Streit in Leipzig** zwischen der dortigen „Volksztg.“ und dem Buchdruckerverbande nähert sich seinem Ende, vielleicht ist die Streitart schon begraben, wenn diese Nummer in die Hände unserer Kollegen kommt. Von Neuem hat sich in Berlin eine Konferenz mit dieser „faulen Sache“ beschäftigt. An derselben nahmen außer dem sozialdemokratischen Parteivorstande Vertreter des Verbandes, der Gewerkschaft, der Leipziger Geschäftsleitung und Partei teil. Es wurde einstimmig beschlossen, daß es notwendig sei, eine Verständigung zu suchen unter der Bedingung, daß zunächst die noch arbeitslosen ausständigen Mitglieder des Verbandes in der Buchdruckerei der „Leipz. Volksztg.“ wieder Arbeit finden, soweit die Beteiligten dies wünschen.

Darauf wurde nochmals in Leipzig konferrirt. Hier kam es zu Meinungsverschiedenheiten über das Wort „zunächst“. Die Buchdrucker forderten die Wiedereinstellung sämtlicher Ausständigen worauf die Vertreter der Partei und Geschäftsleitung nicht eingehen konnten. Letztere glaubten noch insofern entgegenzukommen, als sie erklärten, daß jetzt die zwölf Verbandsmitglieder, die gegenwärtig noch konditionslos sind, eingestellt werden sollen, und im nächsten halben Jahre sollen bei Neueinstellungen weitere der Ausständigen eingestellt werden, wenn dieselben es wünschen. Da die Ausständigen auch hiermit nicht einverstanden waren, so einigte man sich beiderseits dahin, eine nochmalige Konferenz einzuberufen und sämtlich Teilnehmer der Berliner Konferenz hierzu mit heranzuziehen.

In dieser Konferenz gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Nur in Rücksicht auf die Gesamtpartei geben die Leipziger Parteigenossen ihre Zustimmung zu dem auf der Berliner Konferenz einstimmig angenommenen Einigungsvorschlag, wonach von den 31 Ausständigen der „Leipz. Volksztg.“ 10—12 Mann innerhalb 14 Tagen wieder eingestellt werden sollen. Auch wird die Geschäftsleitung ermächtigt bei Neueinstellungen im nächsten halben Jahre weitere Ausständige zu berücksichtigen, soweit dieselben dies wünschen. Sollten die Buchdrucker diesen Einigungsvorschlag ablehnen, so hat sich die Geschäfts- und Parteileitung jeder weiteren Verhandlung zu enthalten.“

Dieses Ultimatum scheint Annahme gefunden zu haben. Zwar ist bis zur Stunde, in welcher wir dies schreiben, offiziell der Streik noch nicht beigelegt, aber es ist — es müßten dann unerwartete Zwischenfälle eintreten — sehr wahrscheinlich, daß die Sperre aufgehoben wird. Aber das Eine steht fest: Die Leipziger Sozialdemokratie ist aus dem Kampfe nicht als Siegerin hervorgegangen und auch der Chefredakteur der „Leipz. Volksztg.“, Reichstagsabgeordneter Dr. Bruno Schönlanf, hat bei der Affäre herzlich schlecht abgeschnitten. — Wie uns kurz vor Schluß der Redaktion mitgeteilt wird, trifft das im letzten Satz enthaltene nicht zu, sondern die Sperre wird aufrecht erhalten, da das Ultimatum keine Zustimmung erfuhr.

## Technisches.

**Zu einem Kitt für Meerscham** nimmt man zu gleichen Theilen Gummi arabicum und Kreide, beides fein pulverisirt und bildet, indem man ein wenig Wasser zugießt, einen dicken Teig. Die zu reparirenden Gegenstände müssen, wie der „Prakt. Wegweiser“ in Würzburg schreibt, erwärmt werden, wenn man sie miteinander verbindet.

**Bei bisweilen erst fertig gewordenen Eisenbearbeitern** kommt es vor, daß sich gelbe Stellen zeigen, welche die Schönheit wesentlich beeinträchtigen. Hier hilft sich der Praktiker auf einfache Weise, indem man die gelbe Stelle entweder gegen die Flamme einer Spirituslampe hält, oder man wirft pulverisirten Schwefel auf ein Holzkohlenfeuer und erwärmt die Stücke über diesen, selbstverständlich unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln; oder man setzt, falls die Zeit erlaubt, die geschliffene, noch feuchte Arbeit unter einer Glasglocke einige Tage dem direkten Sonnenlichte aus, wobei es nicht schadet, wenn man die Gegenstände täglich anfeuchtet.

**Für bettlägerige Personen** ist ein praktischer, brauchbarer Tisch sehr nöthig. Nun sind zwar verschiedene Fabriken vorhanden von solchen Krankentischen, welche jedoch theils ihrer unzweckmäßigen Konstruktion wegen, theils ihrer Schwerfälligkeit halber, als auch wegen ihrer theuren Herstellung und dadurch bedingten Kostspieligkeit dem allgemeinen Bedürfnis nicht entsprechen.

Der in Rede stehende Tisch für das Krankenbett ist sehr einfach hergestellt, und kann auf die Matratze bezw. auf die Decke oder Bettgestell gestellt werden. Er ermöglicht dem im Bette Liegenden oder sitzenden Person in bequemer, natürlicher, gerader Lage zu essen, sich zu waschen, zu schreiben oder zu spielen; läßt den Füßen freie Bewegung und gestattet auch eine Aenderung der liegenden oder sitzenden Lage, ohne dabei den Tisch entfernen zu müssen. Der Tisch ist außerdem so einfach und leicht hergestellt, daß es selbst einer schwachen kranken Person ein Leichtes ist, ihn zusammenklappen und zu entfernen, auf das Bett zu heben, aufzuklappen oder in Benutzung zu nehmen.

Im Gebrauche steht der Tisch auf dem Bett. Da er die Bettseiten nirgends überragt, nimmt er auch keinen besonderen Raum oberhalb des Bettes ein. Außer Benutzung kann der Tisch an die Wand oder an das Bett gelehnt werden; auch dies ist ein in Betracht kommender Vortheil.

Es geht aus Obigem zur Genüge hervor, daß diese Tischkonstruktion sowohl für öffentliche Krankenhäuser, wie auch im Privat-haushalt einen wichtigen Behelf für die Krankenpflege bildet. (Mitgetheilt vom Patentbureau von S. & W. Pataty, Berlin).

**Während des Jahres 1900** wurde an Mahagoniholz nach Europa und zwar nach Großbritannien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Belgien im Ganzen 114 065 Tons (1 Tons = 2 Centner) eingeführt, gegen 93 280 Tons im vorhergehenden und 89 937 Tons im Jahre 1898. Großbritannien bezog im Jahre 1900

89 144 Tons, Deutschland 13 551 Tons, Frankreich 10 383 Tons, die Niederlande 556 Tons und Belgien 431 Tons. Ueber die Herkunft der in den letzten drei Jahren nach Europa verschifften Mengen liegen die nachstehenden Angaben vor:

	1898	1899	1900
		Tons	
Afrika . . . . .	39 672	48 821	55 823
Honduras . . . . .	18 522	16 427	20 234
Mexiko . . . . .	19 404	15 025	17 407
Cuba . . . . .	1 294	1 344	9 917
Nicaragua, Costarica und Guatemala . . . . .	4 711	4 306	4 632
Santa Domingo . . . . .	2 343	4 714	3 453
Columbia und Jamaika . . . . .	3 991	2 593	2 599

Die Zufuhr von Ebenholz nach Deutschland setzte sich im Jahre 1900 zusammen aus 5 682 Tons aus Afrika, 3 775 Tons aus dem mexikanischen Staate Tabasco, 1 281 Tons von Cuba, 836 Tons von Nicaragua, 600 Tons von Costarica, 528 Tons von Santo Domingo, 525 Tons von Honduras, 174 Tons von Guatemala und 150 Tons von Panama.

**Die außerordentlich hohen Kohlenpreise** und der angebliche Kohlenmangel, welcher jedoch in Wirklichkeit überhaupt nur künstlich erzeugt wird durch die Spekulation, denn Kohlen giebt es genug, haben es zu Wege gebracht, daß man sich in der Holzindustrie heute mehr als je anstrengt, um aus den oft recht lästigen und schlecht verwertbaren Sägespähnen und sonstigen Spähnen ein billiges, brauchbares Brennmaterial in Form von festen Brikettes zu erzeugen. Bis jetzt ist es nur gelungen, Feueranzünder aus Holzspähnen herzustellen in der Weise, daß man die Spähne mit irgend einem leicht brennbaren Harz mischt und sie in Formen preßt. Der verhältnißmäßig hohe Preis dieser Harze und der hohe Prozentsatz (70 bis 80 Prozent) derselben, welcher den Spähnen beigelegt werden muß, in Verbindung mit dem immerhin geringen Verbrauch dieses Erzeugnisses, sind Umstände, welche den Werth dieser Art der Spähneverwendung auf ein Minimum reduzieren. Es kann nur ein Verfahren Bedeutung für die Verwendung der Holzspähne gewinnen, welches gestattet, ohne große Kosten und ohne nennenswerthen Zusatz von Harzen zc. die Spähne in feste Brikettes zu formen. Es wäre möglich, daß man das Ziel auf folgende Art erreicht: Die Spähne werden mit Weimwasser angefeuchtet und unter einer hydraulischen Presse derart stark in Formen zusammengedrückt, daß die Feuchtigkeit möglichst wieder daraus entfernt wird, worauf die Brikettes vollständig getrocknet werden. Der hohe Druck in Verbindung mit dem fein vertheilten Klebstoff hält sicher die Spähne zur weiteren Bearbeitung genügend zusammen. Nachdem diese Holzspähne-Brikettes vollkommen an der Luft oder in einem Trockenraum getrocknet sind, taucht man sie in irgend ein flüssiges Harz, so daß sie äußerlich mit einer ganz dünnen Schicht überzogen sind. Diese Schicht fordert die Entzündung und verleiht weitere Festigkeit. Soll die Fabrikation lohnend sein, so müssen unter Zugrundelegung der derzeitigen Berliner Preiskohlenpreise aus den Spähnen Brikettes im Gewicht von einem Kilo geformt und der Zentner Holzbrickettes mit 80 Pf. im Kleinen verkauft werden können. Dann sind die Holzbrickettes billiger als Braunkohlenbrickettes, denn letztere kosten an der Grube 200 Zentner 150 Mk., also per Zentner 75 Pf., Fracht u. s. w. vertheuern dann dieses Brennmaterial so weit, daß im Kleinverkauf der Zentner 1,25 Mk. kostet. Man hat berechnet, schreibt der „Prakt. Wegweiser, Würzburg“, daß es wohl möglich ist, und dort, wo Spähne in großen Quantitäten vorhanden sind, sich der Betrieb der Spähnebrickettirung nach vorbezeichneten Angaben noch ganz lohnend gestalten muß. Man würde die Spähne bis zum Spätsommer aufsammlen und dann mit der Brikettfabrikation beginnen. Wenn man dieses Brennmaterial jedoch noch mit einem Zusatz von 30 Prozent Harz in gehörige Berechnung bringen will, so mag hier gleich noch die Methode angegeben sein, welche ermöglicht, bei diesem Prozentsatz

ein ansehnliches Produkt herzustellen. Man kann der hydraulischen Presse entbehren. 400 Kilo Spähne und 400 Kilo Harz kommen in einen mit Destillationshut versehenen Kessel und werden geschmolzen. Dann füllt man nach und nach noch 600 Kilo Spähne nach und arbeitet mittelst Rührwerk die ganze Masse gut durch. Dann wird der Destillationshut auf den Kessel gesetzt und die Temperatur so hoch gesteigert, daß das Harz theilweise destillirt und so die ganze Spähnemasse mit Harz und Harzöl gleichmäßig durchtränkt wird. Hierbei vertheeren die Spähne zum Theil. Sieht die ganze Masse schwarz aus, so ist die Operation beendet und die Masse kann in beliebige Formen gepreßt werden. Immerhin dürfte jedoch das Eingangs erwähnte Verfahren der bessere Weg für die Praxis sein.

## Aus den Ortsvereinen.

**Nürnberg II (Büttner).** Am Sonntag, den 3. Februar, fand im Vereinslokal „Englischer Hof“ unsere regelmäßige Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Protokoll, Ein- und Ausläufe, Geschäftliches. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Unter den Einläufen gab Vorsitzender Ringler einen Brief seitens des ersten Bevollmächtigten des Central-Vereins der Böttcher (Nürnberg) bekannt, in welchem dieser uns ersucht, eine gemeinschaftliche Verwaltungssitzung beider Organisationen einzuberufen, zur Besprechung des neuen Lohntarifes. Zugleich bemerkte Kollege Ringler, dem Einsender des Briefes mißgetheilt zu haben, daß es uns ganz unnötig erscheint, eine derartige Sitzung abzuhalten. Der Ortsverein der Büttner hat sich mit den Herren Brauereibesitzern betreffs Abschaffung der Sonntagsarbeit ins Benehmen gesetzt und wird bestrebt sein, diesen Antrag möglichst durchzuführen. Es ist ja dem Central-Verein ebenfalls Gelegenheit gegeben, etwaige Aenderungen im Büttnergewerbe zu beantragen, denn auch seinerseits kann ein Kommissionsmitglied gestellt werden. Uebrigens hat die Erfahrung gelehrt, daß man mit korporativen Sitzungen und Versammlungen zu keinem günstigen Resultat kommt. Wenn man endlich die verschiedenen Artikel in jener „Böttcherzeitung“ vom vorigen Jahre durchschaut, deren manche Nummer wir ja auf Lager haben, und wo in einer derselben ganz deutlich ausgedrückt ist, daß der Central-Verein das Kompromiß mit unserem Ortsverein als gelöst betrachtet, so ist es doch zum mindesten auffallend, wenn Kollege Mayer mit einem derartigen Ersuchen an den Ortsverein herantritt. — Im Geschäftlichen theilte Kassirer Salzner mit, daß der Generalrath das Hülfsfonds-gesuch unseres Mitgliedes Buch-Nr. 4679 mit 15 Mk. genehmigt hat.

Vorstehender Versammlung ging am Sonnabend, den 2. Februar, ein von unserem Ortsverein veranstaltetes Maskenfest mit Theateraufführung voraus, welches (abgesehen von dem unkollegialischen Benehmen eines Mitgliedes einem anderen gegenüber) einen sehr günstigen Verlauf nahm. Die verschiedenen Ortsvereine sowie die übrigen geladenen Vereine waren sehr zahlreich vertreten. Es ist dies wiederum ein Beweis, welcher Beliebtheit sich der Ortsverein der Büttner zu erfreuen hat. Dem gegenüber ist Dekterer aber auch stets bemüht, bei seinen Veranstaltungen eifrig dafür zu sorgen, daß es an der nöthigen Unterhaltung nicht fehlt. K. B.

## Auskunft der „Eiche“.

**S. B. in Duedlinburg.** Bitte sich in genannter Angelegenheit an die Herren H. Boelke, Berlin S.O., Wienerstr. 64, Franz Puth, Berlin-Friedenau, Lauterstr. 35, oder Herrn. Loose, Nachf., Hamburg, Schmilinsstr. 58-60, zu wenden.

**L. L. in Nürnberg.** Wird in nächster Nummer verwendet.

**G. B. in Fürth (Odenwald)** Auch während der Krankheit sind die Beiträge (§ 6) zu entrichten (s. § 10 d. Zuch.-Kass.-Stat.).

**G. S. in Eberfeld.** Ihr derzeitiges Eingeladte ist abhanden gekommen, weswegen die Benugung unterblieben.

# Seuilleton.

## Die Jagd nach Sorgen.

Von G. von Seydlitz.

(Nachdruck verboten.)

In der Provinzstadt war ich ziemlich spät eingetroffen. Gern hätte ich sofort mein Lager aufgeschlagen, aber mein Wagen mahnte mich, zunächst ein Abendbrot einzunehmen. Die Suppe hatte ich eben überwunden, als noch ein anderer Gast eintrat und mir gegenüber Platz nahm. Wir begrüßten uns und wechselten einige Worte über Wind und Wetter. Mein Gegenüber war ein hübscher Mann, anscheinend in der Mitte der Dreißiger: die blühend gesunde Gesichtsfarbe, ein gutgepflegter Bart, eben solches Haupthaar von dunkelblonder Farbe fielen mir auf. Er hatte ein intelligentes Auge. Aber über diesem lag wie ein Schleier ein Etwas, das auf seiner hohen Stirn eine oder die andere Falte gezogen hatte. Mitunter nahm das Auge den Ausdruck tiefen Insiderversunkenseins an. Dann erfolgte ein Seufzer und die Blicke überflog der Schatten von Abgespanntheit,

der das Zeichen eines Blafirten zu sein pflegt. Merkwürdig, ich hatte schon manchen Blafirten gesehen, aber noch niemals einen, der so gesund und behäbig dreinschaute.

Aus einzelnen Aeußerungen konnte ich schließen, daß mein Tischgenosse die Stadt sehr gut kenne. Ich bat ihn um seinen Rath, wie man am besten die Merkwürdigkeiten derselben besichtigen könne. Er theilte mir mancherlei Wissenswerthes mit und äußerte dann:

„Was ich Ihnen eben mittheilte, habe ich nur von Anderem und übernehme keinerlei Verantwortung dafür. Ich habe zwar schon viele Fremde durch das Städtchen geführt, aber niemals begreifen können, was sie an dem alten Kram sehen. Die Bilder sind kaum mehr zu erkennen, und welches Vergnügen es sein kann, eine Anzahl Spitz- oder Rundbogen anzustarren, habe ich auch nie ergründen können.“

Ich äußerte einige rühmende Urtheile über die Alterthümer der Stadt.

„Wahrhaftig“, erwiderte er, „ich kenne die ganze Geschichte schon von frühester Jugend auf. Durch die ganze Provinz sind meine Verwandten zerstreut und ich habe dieselbe wiederholt durchkreist. Aber

ich habe noch nicht herausbekommen können, wo eigentlich das liegt, wovon die Leute so entzückt sind. Treiben sie den Kram als Studium?"

"Ja, so nebenbei", antwortete ich. "Mein eigentliches Studium ist die Litteratur. Aber das Studium der bildenden Künste ist dem so eng verwandt, daß man eins nicht treiben kann, ohne in das andere überschweifen zu müssen."

"So, so!" nickte er. "Sagen Sie, ist denn das Studium der Litteratur etwas werth? — Das heißt, ich meine: hat man Sorgen dabei?"

"Das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Das Studium an und für sich ist nur Genuß" — ein ärgerlicher Ausdruck überflog sein Gesicht — "aber . . ."

"Aber?" und er horchte auf.

"Aber es kann sich freilich manche Sorge daran knüpfen. Zunächst ist es ein Studium, welches selten reellen Gewinn abwirft, also dem Unbemittelten schwere Nahrungssorgen aufladen kann."

"Das nützt mir auch nichts. Weiter sind keine Sorgen dabei?"

"O doch. Um den Erfolg dessen, was man leistet."

"Wie das?"

Ich lächelte über diese naive Frage und suchte ihm die Sorgen zu malen, die den Schriftsteller befallen, wenn er mit dem Stoffe nach der Gestaltung dessen ringt, was ihm im Ideal vorschwebt; ich suchte ihm klar zu machen, daß die Pein des Autors, wenn er irgend etwas geschaffen und dem Publikum übergeben habe und nun auf jede Kundgebung lauern müsse, um seine Beurtheilung oder Losprechung vor diesem Tribunal zu erfahren, eine wahre Sorge sei. Ich suchte ihm einen Begriff von der Mißgunst, den Rabalen, dem Parteiwesen zu geben, welches dem Schriftsteller entgegenträte.

Er hörte gespannt zu. Ich war warm geworden, mußte aber doch herzlich lachen, als er am Ende die Frage that:

"Wie lange muß man denn lernen, bis man die Litteratur gelernt hat und selber etwas leisten kann? Nun, wann haben Sie denn angefangen?" fragte er, als er mich lachen sah.

"Bereits während meiner Schuljahre war mein Sinn darauf gerichtet", erwiderte ich, "und was ich auf der Universität trieb und was ich noch Jahre darauf that, alles das ging auf das eine Ziel, und noch beständig habe ich zu lernen und zu arbeiten. Das hört im Leben nicht auf."

"Und haben Sie etwas erreicht? Haben Sie viel Sorgen gehabt? Haben Sie Vermögen?"

"Nahrungssorgen haben mich nie heimgesucht", sagte ich, "aber die anderen Sorgen habe ich vollauf genossen. Ob ich etwas erreicht habe? Kaum weiß ich es selbst. Doch habe ich einige Anerkennung an Stellen gefunden, auf deren Urtheil ich etwas geben kann."

"Sie sind noch jung, es wird noch kommen. Denken Sie noch mehr Sorgen zu haben?"

"Ohne diese geht es nie ab. Das kleinste Schriftwerk ruft sie immer wieder von Neuem hervor."

"Sie sind glücklich!" sagte er seufzend.

"Ich bin es in dem Maße, wie der Mensch es billigerweise vom Schicksal verlangen kann. Das heißt, mein Beruf befriedigt mein Gemüth. Ich bin im Allgemeinen also zufrieden, obgleich im Besonderen mich Sorgen verfolgen."

"Sagen Sie nicht „obgleich“! Gerade wegen der Sorgen sind Sie ja glücklich!"

"Bis zu einem gewissen Grade muß ich Ihnen beistimmen. Denn philosophisch genommen, beruht das wahre Glück des Menschen in einem rastlosen Wirken, das sein Inneres erfüllt. Und kein Wirken ohne Kampf, kein Kampf ohne Sorgen."

"Ich verstehe nicht, Ihren Philosophen zu folgen, aber ich begreife, was Sie sagen. Ich fühle es, daß der Mensch Sorgen braucht. Mit dem Herzen verstehe ich Sie," setzte er hinzu und blickte finster auf das Glas Rheinwein, das er eben ergriffen hatte.

Theilnahmsvoll blickte ich auf diesen Lobredner der Sorge; ich ahnte, was ihn drückte. Als er wohl fünf Minuten das Glas unverwandt betrachtet hatte, erhob er es plötzlich und trank es auf einen Zug leer. Dann rückte er um die Tischcke herum neben mich und sagte rasch:

"Hören Sie . . . Sie gefallen mir. Nehmen Sie mir das Wort nicht übel. Ich spreche immer so grade heraus."

Ich verneigte mich lächelnd.

"Nein," sagte er, "in Wahrheit, es ist mir schon manchmal so gegangen, daß mir Jemand eine solche Aeußerung übel nahm. Bitte, thun Sie's nicht. Ich bin heute in besonderer Stimmung; thun Sie einem Fremden die Liebe an und helfen Sie ihm, diese Stimmung festhalten. Oder besser: lassen Sie uns — für diesen Abend wenigstens — nicht einander Fremde sein, sondern gut Freund."

Wir schüttelten uns die Hand.

Er nannte mir seinen Namen, ich ihm den meinigen.

"Sehen Sie, Doktor," begann er hierauf und rückte noch etwas näher, "Sorgen sind das Schönste im Leben! Sie sind glücklich, daß Sie Sorgen haben austreiben können. Sie lachen? Nun gut, Sie meinen, Sie hätten sie nicht aufgetrieben. Dann sind Sie Ihnen zuertheilt. Das ist ziemlich Eins. Das Faktum ist: Sie haben solche. Ich" — und er seufzte tief — "ich habe keine Sorgen."

"Nun," begann ich heiteren Tones, "trösten Sie sich, die können über Nacht kommen."

"Das ist gar kein Trost. Ich habe mich lange genug damit zu beruhigen versucht und habe gewartet, von Tag zu Tag, von Nacht zu Nacht, und die Sorgen sind nicht gekommen. Da ist mir die Geduld ausgegangen."

"Erlauben Sie mir die Bemerkung, daß das eigentlich auch schon eine Art Sorge ist, daß Sie keine Sorgen bekommen können."

Einen Augenblick prüfte er für sich den Einwand. Dann erwiderte er:

"Sie scherzen schon wieder, Doktor; das ist gar nichts gesagt; das ist gar keine Sorge. Das ist keine Sorge, die ins Herz greift, unsere Nerven spannt und aufregt. Das ist nur ein Drud, der vom Ueberdruß herkommt."

"Ist Ihnen das Leben zum Ueberdruß? Sie sehen mir nicht danach aus."

"Und doch meine ich, es ist so. Sie könnten sagen, dann würde mich ein Goth Blei kuriren . . ."

"Um des Himmels willen!" fiel ich ein.

"Nein, seien Sie ohne Sorge, das thue ich niemals. Was hätte ich davon? Was gewänne ich? Sorgen gewiß nicht. Aber Sorgen will ich doch haben. Und die stehen mir immer noch sicherer hier in Aussicht als im Jenseits."

(Fortsetzung folgt.)

## Umtlicher Theil.

### 37. Generalrathssitzung.

Verhandelt Berlin, den 5. Februar 1901. Sitzungszimmer Restaurant Corte, Jüdenstraße 18-19.

Der Vorsitzende R. Bahlke eröffnet die Sitzung um 8 Uhr Abends. Anwesend sind die Generalrathsmitglieder Bahlke, Diebischer, Gahner, Bamback, Rudokus, Rehbold, Wittenberg, sowie Bureaubeamter Stelke. Entschuldigt (krank bezw. beschäftigt) fehlen Reimer und Griese. Die Generalrevisoren Marzilger, Günther und Meyer und der Centralrathsvertreter Sußmann wohnen den Verhandlungen bei.

Das Protokoll der 36. Generalrathssitzung wurde in seinem Wortlaute angenommen.

Der Vorsitzende giebt die Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftliches, 2. Hilfsfondsgefuche, 3. Centralrathsbericht.

1. a) Der verlesene Rechnungsabluß des vierten Vierteljahres der Vorortskommission (Berlin) gelangt zur Kenntniß.

b) Aus dem Rechenschaftsbericht des Arbeitsnachweises für das vierte Vierteljahr ist zu ersehen, daß 67 Arbeitsangebote (einschließl. 17 von unseren Mitgliedern) vorlagen; 7 Angebote konnten erledigt werden. Angenommen wurde durch den Arbeitsnachweis ein Mitglied.

c) Der vom Genossen K e s t e r n i c h (Saarbrücken) gestellte Antrag, in Malstatt-Burbach bei Saarbrücken einen Ortsverein begründen zu dürfen, welcher dem Bureau zur Erledigung überwiesen war, ist vom Genossen K e s t e r n i c h zurückgezogen.

d) In der Angelegenheit Betschau wurde von dem Inhalt mehrerer erläuternder Schreiben Kenntniß genommen, auf Grund welcher der

Generalrath beschloß, dem ausgesprochenen Wunsch um Entsendung des Generalsekretärs nach dort, stattzugeben.

e) Von der Einladung des Ortsvereins Charlottenburg zur Feier seines siebenjährigen Bestehens am 23. Februar nimmt der Generalrath dankend Kenntniß und beschließt, dem Verein ein Glückwunschsreiben zu übersenden.

f) Zur Schlichtung der in dem Ortsverein Bromberg entstandenen Zwistigkeiten (durch angebliche Maßregelung des Mitgliedes Mehle) hält das Bureau es für nothwendig, die Regelung durch den Generalrath zu veranlassen. Diesem wird zugestimmt.

g) Zu dem vom Ortsverein Posen gestellten Antrage, zu der am 17. Februar gelegentlich des am 16. Februar geplanten 30. Stiftungsfestes stattfindenden Agitationsversammlung einen Referenten vom Generalrath zu entsenden, wird der Vorsitzende Bahlke beauftragt, diese Angelegenheit mit der Reise nach Bromberg zu verbinden.

h) In einem Schreiben des Genossen Lehmann (Stettin) wird berichtet, daß es durch thätkräftige Unterstützung seitens der Genossen Scherbarth, Heitmann und des Ortsverbandsvorsitzenden Küfer gelungen sei, einen Ortsverein der Goldschmiede in Stettin zu begründen, welcher nunmehr beantragt, in dem Gewerkeverein aufgenommen zu werden. Der Generalrath beschließt, gemäß dem Beschluß der Generalversammlung zu Weiskensels, unter Voraussetzung baldiger Gründung eines eigenen Gewerkevereins, die Aufnahme des Ortsvereins der Goldschmiede zu Stettin. Den genannten Genossen für ihre Bemühungen Dank aussprechend, sendet der Generalrath dem neuen Verein seinen genossenschaftlichen Gruß.

i) In Sachen Berlin II (Königt.) berichtete der Schatzmeister über die von ihm nun richtig gestellte, hauptsächlich durch die Meldung des

behördlichen Revisors zur Kenntniz gebrachte, sehr leichtfertig gehandhabte Kassenführung des früheren Kassirers Schwantes. Aus dem Bericht ergibt sich, daß nur durch das schnelle und energische Eingreifen des Bureau, insbesondere der aufreibenden Arbeiten und den Maßnahmen des Schatzmeisters, es ermöglicht wurde, unsere Kasse vor größeren Schaden zu bewahren.

Dem Antrage des Schatzmeisters, ihm für diese Mühewaltung, welcher er außer den Abenden verschiedene Sonntage, ja auch Nächte opfern mußte, eine Entschädigung zu bewilligen, wurde durch Beschluß stattgegeben.

k) Eine Entschädigung für die notwendigen Ausgaben des Schatzmeisters, bedingt durch die Anwesenheit desselben bei den an Sonntagen stattfindenden vierteljährlichen Revisionen wird stattgegeben, da nach einer Erklärung der Generalrevisoren es unmöglich ist, die Revisionen an Wochentagen vorzunehmen. Der nächsten Generalversammlung wird darüber berichtet werden.

2. Aus dem Hilfsfonds werden bewilligt den Mitgliedern: 1929 Coenen - Düsseldorf 15 Mk., — 2444 Damm - Jürth 15 Mk., — 4439 Suske - Neustadt a. S. 25 Mk. — Ein Gesuch aus Lauenburg wurde abgelehnt.

3. Der Centralrathsvorsteher Humann berichtete über die Verhandlungen im Centralrath; eine Diskussion fand hierzu nicht statt.

Da die Tagesordnung erledigt, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 11 1/4 Uhr Nachts.

Für den Generalrath:

**H. Bahlke,**  
Vorsitzender.

**G. Gafner,**  
Schatzmeister.

**P. Bambach,**  
Generalsekretär.

**Nächste Generalrathssitzung Mittwoch, d. 27. Februar 1901, Abends 8 Uhr, Jüdenstr. 18/19, ohne vorherige Einladung.**

## 85. Bureauführung.

Verhandelt Berlin, den 11. Februar 1901, Vormittags 10 Uhr.

1. Königsberg. Der örtlichen Verwaltung zur Nachricht, daß das Mitglied 3425 Bach, welches sich nach dem Siechenhaus begeben, nunmehr auf Krankengeld verzichtet hat, womit dessen Angelegenheit erledigt.

2. Baugen. In der Angelegenheit des Mitgliedes 204 Noack (Feststellung ob derselbe arbeitsfähig), wird der Vorstand das hierfür Nöthige veranlassen.

3. Stralsund. Von der Aenderung im Ausschuß ist Kenntniz genommen, vorbehaltlich der Einsendung der Kaution und Kontrakte seitens des Kassirers, wird die Wahl desselben sowie des Sekretärs im Namen des Generalraths und des Vorstandes bestätigt. Wenn die Uebergabe nicht in kürzester Zeit stattfindet sind die Bücher zur vollständigen Klarstellung dem Bureau einzusenden.

4. Berlin (Erster). Dem Mitgliede 293 Peterwitz wird von dem Vorstande aufgegeben werden, sich dem § 10 des Zuschußkassenstatuts zu fügen, das Nöthige wird der Vorstand veranlassen.

5. Cöln. Dem Mitgliede 1544 Schön ist der Rechtsschutz in seiner Klagesache bewilligt. In Sachen Dräger dankt das Bureau dem Einsender für die Mittheilung, dieselbe wird dem schon vorhandenen beigelegt und nach endgültigem Austrag dem Generalrath zur Einsicht vorgelegt.

6. Stolp i. P. Von der Einladung zu der am 2. März stattfindenden Feier des 25 jährigen Stiftungsfestes ist dankend Kenntniz genommen; dieselbe wird mit dem gestellten Antrage, einen Redner zu entsenden, dem Generalrath unterbreitet.

7. Chemar. In der Klagesache des Mitgliedes 6147 Sientisch wegen 14 Tage Lohn ist von dem Schreiben Kenntniznahme erfolgt und wird die unverzügliche Einsendung des Urtheils des Schiedsgerichts erwartet.

8. Stettin-Grabow. Den Anträgen der Mitglieder 3706 Noffs und 5939 Krause auf Aufhebung der von dem Kassirer gemeldeten Streichung, ist nach Einsicht der vorliegenden Berichte und dem Versammlungsprotokoll, stattzugeben; somit sind dieselben als Mitglieder weiterzuführen. Es wird gerügt, daß Mitglieder überhaupt statutenwidrige Reste haben, weswegen erwartet wird, daß durch Einhaltung pünktlicher Zahlungen derartige Sachen nicht mehr vorkommen. In Sachen des Mitgliedes 5963 Ristler wird um Bescheid ersucht, ob der Betreffende am 30. Januar gearbeitet hat. Der neugewählte Kassirer 7580 Splettstößer wird, da die Aufnahmekarte desselben zur Zuschußklasse mit günstigen Attest vorliegt, unter Vorbehalt der Einsendung der Kaution und Kontrakte, im Namen des Generalraths und des Vorstandes bestätigt. Der Antrag auf Entsendung eines Redners zu der am 9. April stattfindenden Versammlung wird dem Generalrath überwiesen.

9. Jürth. Die Mittheilung, daß dort wegen der von den Polirern zu liefernden Materialien, welche von der Fabrikleitung zu entnehmen sind, ein Streit entstehen kann, ist Kenntniz genommen, hoffend, daß durch Verhandlungen ein Uebereinkommen getroffen werden wird, wodurch ein etwaiger Ausstand beigelegt werden könnte. Weiterer Bericht wird erwartet.

10. Graudenz. In Sachen des Mitgliedes 2897 Böschukat ist zu veranlassen, daß das zutreffende Krankenkassenstatut behufs Rathhertheilung dem dortigen Rechtsanwalte vorgelegt, und dann die

Auskunft desselben, gleichzeitig mit demselben Statutenbuch, dem Bureau zu weiteren Beschlüssen eingesandt wird.

11. Görlitz I. In der Arbeitslosigkeit-Angelegenheit des Mitgliedes 2703 Hastmann ist zu rügen, daß das Mitglied sowie der Kassirer nicht nach dem § 6 des Regl. gehandelt haben. In Berücksichtigung der eingesandten Begründung ist die Unterstützung, als vom 18. Januar beginnend, bewilligt.

12. Coblenz. Von der gemeldeten Mittheilung (Lohn Differenzen betreffend) ist Kenntniz genommen und wird dem Generalrath unterbreitet werden. Die Fragen werden schriftlich beantwortet, wonach weiterer Bericht erwartet wird.

13. Weischan. Der örtlichen Verwaltung gereiche zur Nachricht, daß dem Mitgliede 6316 Fischer lt. § 7 des Zuschußkassenstatuts der Meldetag, als 29. Januar gemeldet, nicht zu zahlen ist.

14. Berlin V (Nord). Von der Meldung, daß das Mitglied 6396 Pohl zur Erholung nach Colberg zu Verwandten gereist ist, wird, Weiteres vorbehaltend, Kenntniz genommen.

15. Ein Hilfsfondgesuch aus Hirschberg muß wegen nicht erreichter Karenzzeit des Mitgliedes lt. § 4 Abs. 5 des Regl. abgelehnt werden. Die Gesuche aus Schmölln und Rothenburg a. Tauber werden dem Generalrath überwiesen.

16. Cüstrin. Das Gesuch um Arbeitslosenunterstützung des Mitgliedes 1574 Schwerdt kann nicht eher bewilligt werden, bevor nicht der letzte Krankenschein mit ärztlicher Bescheinigung oder ein besonderes ärztliches Attest vorliegt, daß derselbe in Folge von Krankheit noch arbeitsunfähig ist.

17. Arbeitslosenunterstützung ist zu zahlen pro Arbeitstag 1,25 Mk. den Mitgliedern: 891 Rogasch - Berlin V (Nord) vom 15. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 993 Larche - Berlin VI vom 17. 2. (Beitragabst. 8. W.); — 2184 Schlee - Elbing vom 21. 2. (Beitragabst. 8. W.); — 3792 Brucker - Lauterbach vom 10. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 6377 Langius - Wetter a. Ruhr vom 12. 2. (Beitragabst. 7. W.). Bei Beiden ist zu erinnern den § 6 des Regl. mehr zu beachten. — 3731 Vader - Laupheim vom 12. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 2487 Lang - Jürth vom 11. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 2886 Wesolowski - Graudenz vom 13. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 5157 Neugebauer - Haynau vom 11. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 5911 Werner - Stettin-Grabow vom 11. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 5272 Heuke - Saarbrücken vom 11. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 4531 Holjche - Nowawes vom 12. 2. (Beitragabst. 7. W.); — 4533 Zweig - Nowawes vom 11. 2. (Beitragabst. 7. W.) bei letzterem erforderlichen falls bis zu 4. Wochen.

18. In Arbeit: 2891 Sawatzki - Graudenz am 4. 2., — 395 Rnuth - Berlin (Erster) am 4. 2., — 5463 Hugo Herrmann, 5464 Robert Herrmann, beide Schweidnitz, ausgereist mit 4 Wochen; — aus Weischan in Arbeit gemeldet: 6288 Albert Noack, 6291 Kessler, 6292 Lobedan, 6315 Klauke, 9294 Wilhelm Noack, 6296 Weirauch, 6300 Furf, 6307 Schadow, 6310 Friedrich Noack, 6311 Schulz, 6268 Fedrow, 6316 Fischer, 7099 Feister, 8166 Klauke am 8. 2. 1901 durch Beendigung des Streiks.

Schluß der Sitzung 1 Uhr Nachm.

**H. Bahlke,**  
Vorsitzender.

Das Bureau:  
**G. Gafner,**  
Schatzmeister.

**P. Bambach,**  
Generalsekretär.

## Zur Beachtung

### für alle Kassirer und Sekretäre!

Nachstehendes ist zur schnellen und zufriedenstellenden Erledigung dringend notwendig:

1. Alle Zuschriften, welche den Gewerkeverein oder dessen Kassen betreffen, sind an den Generalsekretär **P. Bambach**,
2. alle Geldsendungen sind ohne Ausnahme an den Schatzmeister **G. Gafner**,
3. alle Schriftstücke, welche zur Veröffentlichung in der „Eiche“ bestimmt, diese selbst oder die Expedition betreffen, sind nur an den Redakteur **H. Bahlke** zu adressiren

Die Kassirer sind ganz besonders ersucht, die Aufnahmearten recht deutlich auszufüllen und auch die Unterschriften nicht zu vergessen.

Meldungen der Mitglieder über Stufenveränderungen oder über Anmeldungen Familienangehöriger bedürfen immer der Beifügung der Nummer des betreffenden Mitgliedes.

Arbeitslosigkeits-Anträge sind nur einzureichen, wenn dieselben den Bestimmungen der in dem § 3, Absatz c, und § 4 des Reglements enthaltenen statutarischen Vorschriften entsprechen.

Bei Arbeitslosigkeitsunterstützungs-Anträgen nach § 4, Absatz 3, des Reglements ist zu beachten, daß für ausgereiste Kranke unserer Kasse die Unterschrift des Arztes, durch welche dieser auf dem letzten Krankenschein die Arbeitsunfähigkeit infolge der Krankheit bescheinigt, genügt. Bei Mitgliedern, welche einer anderen oder keiner Krankenkasse angehören, ist die Einsendung eines ärztlichen Attestes

bezw. der Bescheinigung, daß Krankengeld nicht mehr gezahlt wird, notwendig. Die Aufnahme der Arbeit ist sofort dem Bureau zu melden, da sonst die Folgen des § 7 des Reglements eintreten.

**Uebersiedelungsanträge** müssen mit den im § 5 des Reglements geforderten Papieren, als: Antrag, Frachtschein und Nachweis des Arbeitgebers des Zuzugsortes zugleich eingesandt werden.

Es wird noch besonders der § 10 des Reglements den Kassirern zur strengsten Beachtung empfohlen.

Die nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung eingesandten unvollständigen Schreiben und Anträge werden auf Kosten der betreffenden Einsender zur Bervollständigung zurückgesandt.

Weiter ist zu beachten, daß von Mitgliedern, welche mehr wie vier Restbeiträge haben und von anderen Orten kommen, diese Restbeiträge nicht anzunehmen sind, bis aus der „Amtlichen Beilage“ zu ersehen oder vom Bureau Auskunft eingeholt ist, ob dieselben nicht gestrichen sind; diese Mitglieder sind mit ihren event. Ansprüchen an das Bureau zu verweisen.

Das Bureau:

**H. Wahle,**  
Vorsitzender.

**E. Gafner,**  
Schatzmeister.

**P. Dambach,**  
Generalsekretär.

### Versammlungen.

Februar.

- Altenstein.** 24. Nachm. 5 Uhr, Vers. im „Hotel Kopernikus“. Beitrag.
- Berlin (Erster).** 16. Abds. 8 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Vortrag
- Berlin (Königt.).** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Koppenstr. 65. Beitrag, Gesch.
- Berlin (Moabit).** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Sprechallen“, Kirchstr. 27. Vortrag des Herrn Lehrer Winger über: „Was können die Arbeiter thun, um ihre Lage wirklich und dauernd zu verbessern?“
- Berlin (West).** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görichenstr. 29. Gesch., Beitrag.
- Berlin (Nord).** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Vereinsang.
- Berlin VI (Pianoortarb.).** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpnickstr. 158 im Hof. Gesch., Vortrag, Beitrag, Versch.
- Berlin.** Jeden Donnerstag, Abds. 9 Uhr, Übungsstunde des Sängerkhors der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine b. Kopischke, Grünstr. 20, pt.
- Brandenburg.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Kunststr. 51. Beitrag.
- Breslau (Holzarb.).** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. z. grünen Löwen“, Büttnerstr. Gesch., Beitrag.
- Bromberg.** 17. Nachm. 8 Uhr, Vers. b. Wichert am Fischmarkt. Beitrag, Versch.
- Bruchsal.** 17. Nachm. 8 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Gesch., Beitrag.
- Charlottenburg.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Feier des 7 jährigen Bestehens unseres Ortsvereins in den „Hohenzollernsälen“, Berlinerstr. 89.
- Cöln a. Rh.** 17. Vorm. 10 Uhr, Vers. i. „Rest. Löllgen“, Höhepforte 1. Beitrag.
- Cüstrin.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Beitrag, Gesch.
- Danzig.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstadt. Graben 9. Gesch., Beitrag.
- Dresden.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Frauenstr. 12, I. Gesch., Beitrag, Versch.
- Dr.-Pieschen.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Fiedler“, Leipzigerstr. 107.
- Düsseldorf.** 24. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Jäger, Gruppelo- u. Karlstr.-Ecke.
- Eilsburg.** 17. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Pelzer, Friedr.-Wilhelmspl. Gesch., Versch.
- Elsfeld.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Figge, Arenberg- u. Breitestr.-Ecke. Gesch.
- Elbing.** 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehause“. Beitrag, Krankenkasse, Bericht für Januar, Gesch.
- Frankfurt.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. zur Harmonie“, Richstr. 30.
- Freiburg.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. grünen Baum“. Beitrag.
- Gleiwitz.** 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Hüttengasthaus“. Gesch., Beitrag.
- Güggingen.** 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. rothen Ochsen“. Gesch.
- Gürlitz (Tischl.).** 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Marienburg“, Heilige Grabstr. Gesch., Vortrag über Stenographie, Beitrag.
- Göhrnitz.** 17. Nachm. 5 Uhr, Vers. im „Restaur. Adler“. Gesch., Beitrag.
- Hagen.** 24. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Gaarmann, Wehringhauserstr. 39. Gesch.
- Halle.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinstr. 9. Gesch., Ausgabe der Programme zum 25. Stiftungsfest. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
- Jena.** 23. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Geschäftl., Versch.
- Kalk.** 24. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Rest. Haupt“, Viktoriastr. 73. Gesch., Beitrag.
- Karlsruhe.** 17. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.
- Landsberg II.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Zerbe, Priesterstr. 9. Beitrag, Gesch.
- Langenbielau.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Adam“. Beitrag, Gesch.
- Lauenburg.** 24. Nachm. 8 Uhr, Vers. b. Wob, Stolperstr. Beitrag, Gesch.
- Lauterbach.** 23. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zur Festung“. Beitrag, Gesch.
- Leipzig.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Bill's Tunnel“, Klostergasse. Versch.
- L.-Lindenan.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Gönsch's Saalbau“, Bübenerstr. 14.
- Leipzig-Ost.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Rest. z. Kohlgarten“, Kronprinzenstr.
- Lüdenscheid.** 17. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Jaspert. Gesch., Beitrag, Versch.
- Magdeburg.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. grün. Löwen“, Georgenstr. 11.
- Mannheim.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Galben Mond“. Beitrag.
- M.-Glabdach.** 17. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Dreuer, alter Markt. Beitrag.
- Neu-Ulm.** 25. Abds. 6 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zur Rose“. Gesch., Beitrag.
- Patschkau.** 16. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. gelben Löwen“. Beitrag.
- Posen.** 17. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Junge, Wasserstr. 27. Gesch., Beitrag.
- Quedlinburg.** 23. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Gasth. Prinz Heinrich“. Beitrag.
- Rathenow.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Dießing, Berlinerstr. 14. Beitrag.
- Rixdorf.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Beitrag, Versch.
- Rothenburg.** 17. Nachm. 3 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zur Sonne“. Beitrag, 2c.
- Rudolstadt.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz“. Gesch., Beitrag.
- Saarbrücken.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gallauer, Deutschherrenstr. Gesch.

- Schwöllu.** 24. Nachm. 8 Uhr, Vers. im „Rest. Grell“ Bahnhofstr. Gesch., Gewerbeschiedsgericht u. A.
- Schötmär.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Odeon“. Gesch., Beitrag, Versch.
- Sprottau.** 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrag.
- Stolz.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Buggert, Synagogenstr. Gesch., Beitrag.
- Stolpmünde.** 17. Nachm. 3 1/2 Uhr, Vers. in „Röhn's Hotel“. Beitrag, Versch., Ref. Gen. Hollmichel (Stolz).
- Stralsund.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. zur Börse“, Heil-Geiststr. 50. Gesch., Beitrag.
- Striegan.** 16. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrag.
- Ulm.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. Steinbock“. Beitrag, Lesabend.
- Zerbst.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Vogel im „Rathskeller“. Gesch., Beitrag.

### Orts- und Medizinalverbände.

- Berlin und Vororte (Medizinalverband).** Sonntag, 17. Februar 1901, Vorm. 9 1/2 Uhr, im „Restaur. Krebs“, Ohmstr. 2: Generalversamml.
- Cüstrin (Ortsverband).** Sonntag, 24. Febr., Nachm. 2 Uhr, im „Schützenhause“: Öffentliche Gewerkevereinsversamml. T. D.: Protesterhebung gegen die Erhöhung der Getreidezölle. Ref. R. Klein (Berlin).

## Anzeigen.

### Nachruf.

Am Montag, 4. Februar 1901, verschied nach langem schweren Leiden unser Kollege und eifriges Mitglied, der Tischler Herr **Friedrich Lehmann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Der Ortsverein der Tischler zu Chemar.

**Ortsverein der Tischler und \* Drechsler zu Stolp i. P.**  
feiert am 2. März d. J. im Saale des Schützenhauses sein **25jähriges Stiftungsfest** durch Gesang, Festrede, Theater und Ball. — Sämmtliche Genossen sowie Freunde und Gönner sind hierzu ergebenst eingeladen. — Karten sind von dem Ausschuss in Empfang zu nehmen. **Der Ausschuss.**

Der gemeinsame **Arbeitsnachweis** der Ortsv. der Tischler Berlin I bis VI, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt **Grünstraße 20, pt.** Täglich geöffnet Vorm. von 8-10 Uhr.

Der **Arbeitsnachweis** des Ortsv. der Tischler **Düsseldorf** befindet sich Schwanenmarkt 2 im Sekretariat.

Der **Arbeitsnachweis** des Ortsverbandes **Elsfeld** befindet sich bei Herrn Figge, Breite- und Arenbergerstr.-Ecke.

Gebrauchsmuster **PATENTE** Warenzeichen  
Gegr. 1874. **Richard Lüders, Görtz**

**Bau-Tischlerei-Grundstück,** sehr geräumig, welches sich sehr gut verzinst, soll Verhältnisse halber billig verkauft werden. Forderung 45 000 Mark, Anzahl. u. Uebereinkommen. **J. Sachtleben, Halberstadt.**

**Ein Tischler** auf Bau u. Möbel erhält sofort dauernd lohnende Arbeit bei **J. Buech, Tischlermeister** in Dittfurt bei Quedlinburg, Schützenstraße.

Der **Arbeitsnachweis** des Ortsv. der Tischler und verw. Berufsgen. zu **Graudenz** befindet sich Weichselstr. 3. Sprechst. Mittags 12-1, Abds. von 7-8 Uhr. — Durchreisend: Genossen erh. Mittagessen und Nachtlogis.

Der **Arbeitsnachweis** des Ortsvereins der Tischler **Schweidnitz** befindet sich beim Genossen **Paul Schubert**, Vorwerkstraße 3, H. II.

„Die Eiche“  
Organ des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) u. verwandten Berufsgenossen  
Jahrgang 1900  
auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereinsbibliotheken, wie Verbandsgenossen zum Preise von **Mk. 3,50** einschließlich Porto durch die **Expedition Berlin O., Münchebergerstr. 15 II** zu beziehen.